

Garrelt Duin
Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 28. Januar 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 1 / 2011 II

Bürokratie-Abbau: Zwischen Freiheit und Sicherheit

Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie diskutiert über Bürokratie und Europa / Referat von Edmund Stoiber

Bürokratie ist, wenn ein Handwerker mit seinem Lkw von Norden nach Leer fährt und dafür einen digitalen Tachographen für rund 4000 Euro einbauen muss. Die Europäische Union (EU) schreibt für Lkw ab 3,5 Tonnen, die Strecken über 50 Kilometer Entfernung fahren, diesen Tachographen vor, um Lenk- und Ruhezeiten des Fahrers kontrollieren zu können. Das Gerät ist auch dann zwingend, wenn

wie in unserem Fall der Handwerker nur wenige Male im Jahr die 56 Kilometer von Norden nach Leer fährt.

Diese Vorschrift ist eine von vielen, die im Grundsatz gut ist, aber in der Praxis viele Menschen sich an den Kopf fassen lässt. Und ihr Urteil von Brüssel als Bürokratiemonster schürt.

Edmund Stoiber, Ex-Ministerpräsident von Bayern

und für die EU ehrenamtlich für Bürokratieabbau tätig, nennt die Tachographen-Vorschrift als Beispiel, das viele Handwerksmeister empört und sie gemeinsam mit örtlichen Politikern auf „die Deppen in Brüssel“ schimpfen lässt.

Stoiber berichtete dem Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie über den aktuellen Stand des Bürokratieabbaus. Garrelt Duin ist in diesem Ausschuss der Obmann der SPD-Abgeordneten. Das Thema Bürokratie-Abbau ist im Ausschuss grundsätzlich unstrittig. Der eine oder andere Abgeordnete mahnt höchstens ein höheres Tempo an.

Ziel der EU ist, die Bürokratie-Kosten um ein Viertel zu senken.

Ähnliches strebt auch der Normenkontrollrat an, den die Bundesregierung eingesetzt hat.

Stoiber beklagte die zunehmende Distanz der Deutschen zu Europa - obwohl in der Welt ein starkes Europa immer wichtiger werde.

Die große Frage bei der Bürokratie ist das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Die Bürokratie wird beklagt, aber Sicherheitsdenken hat hohe Konjunktur. Garrelt Duin beobachtet oft, dass Fachpolitiker bei Arzneimittel-, Umwelt-, Verbraucher- oder Verkehrssicherheits-Fragen sich mit mehr Vorschriften durchsetzen und dafür Beifall bekommen. Die selben Menschen beschweren sich aber gleichzeitig über zu viel Bürokratie.



Der frühere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der für die EU den Bürokratie-Abbau vorantreiben soll, berichtete vor dem Bundestags-Wirtschaftsausschuss über seine Arbeit. Foto von links: Parl. Staatssekretär Ernst Burgbacher, FDP, Ex-Forschungsminister Heinz Riesenhuber, CDU, Garrelt Duin, Obmann der SPD im Wirtschaftsausschuss, und Stoiber.

Chaotisierung

Verteidigungsminister zu Guttenberg verfehlt seine Ziele

Verteidigungsminister zu Guttenberg, CSU, weht der Wind ins Gesicht, nicht nur wegen der Gorch-Fock-Affäre. Darüber verliert er seine eigentliche Aufgabe, die Reform der Bundeswehr, aus den Augen. In Berlin

ist schon die Rede von der Chaotisierung der Bundeswehr-Reform. Guttenberg verfehlt von vornherein seine Sparziele, Kanzlerin Merkel muss schon eingreifen. Und die Zukunft der Bundeswehr-Standorte ist ungewiss.

Lohndumping droht

Ab 1. Mai Arbeitnehmerfreizügigkeit / SPD fordert Mindestlohn

Ab dem 1. Mai können Menschen aus den 2004 in die EU aufgenommenen Staaten uneingeschränkt bei uns arbeiten. Umgekehrt gilt das natürlich auch. Das ist in Ordnung und entspricht den Grundfreiheiten der Europäischen Union.

Dennoch birgt diese so genannte Arbeitnehmerfreizügigkeit soziale Gefahren. Es besteht die Gefahr, dass Polen oder Tschechen in Deutschland für Hungerlöhne arbeiten und so allgemein die Löhne drücken. Oder sie machen sich selbstständig und verderben selbstausbeuterisch die Preise.

Die Regierung Merkel sieht dieser Gefahr tatenlos entgegen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro für die Bereiche, die keinen branchenspezifischen Mindestlohn haben. Lohndumping und schlechtere Arbeitsbedingungen lassen sich vermeiden. Garrelt Duin: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ist ein Gebot der Stunde.“

Die SPD hat einen Antrag „Faire Mobilität und soziale Sicherung - Voraussetzungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011“ gestellt, mit dem die Her-

ausforderungen auf dem Arbeitsmarkt bewältigt werden können.

Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, alle Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen, damit Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn muss die Lohnuntergrenze ziehen.

Betriebsräte müssen ein Mitbestimmungsrecht bei Einsatz, Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern aus anderen Ländern erhalten.

In grenznahen Regionen empfiehlt sich eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Betriebs- und Personalräte. Interregionale Gewerkschaftsräte müssen gefördert werden.

Die Regierung muss die Entsende-Richtlinien außerdem so ändern, dass Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen als ein Kriterium der Ausschreibung gelten darf. Solche Kriterien müssen auch Lohnuntergrenze und Ökologie werden. Im EU-Vergaberecht und in den Vergaberegeln von Bund und Ländern müssen ökologische und soziale Punkte konkretisiert werden.

Frauen außen vor

Auch nach 100 Jahren: Benachteiligt in der Arbeitswelt

Der Internationale Frauentag jährt sich am 8. März zum hundertsten Male. Aber die volle gesellschaftliche Gleichstellung ist noch unvollendet - besonders in der Arbeitswelt. Frauen werden häufig für gleiche Arbeit schlechter bezahlt und haben

größere Probleme, Beruf und Familie zu vereinbaren. Alleinerziehende Frauen sind oft arbeitslos. Schwarz-Gelb blockiert Mindestlöhne, verschleppt den Ausbau von Betreuungsplätzen und Ganztagschulen und gefährdet die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Wieder halbe-halbe

Krankenversicherung: Arbeitnehmer werden zu stark belastet

Jahrzehntelang war es ein Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte die Beiträge zur Krankenversicherung zahlten. Damit hat die Regierung Merkel/Westerwelle Schluss gemacht. Arbeitnehmer werden stärker belastet als Arbeitgeber. Die Schwachen müssen mehr schultern als die Schwachen. Das sagt schon fast alles über die Sozialpolitik von CDU und FDP.

„Paritätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herstellen“ heißt ein Antrag der SPD-Bundestagsfraktion. Sie beißt damit bei Christ- und Freidemokraten jedoch auf Granit.

Dabei ist klar: Die inzwischen von mehreren Krankenkassen verlangten Zusatzbeiträge im letzten Jahr wären vermeidbar gewesen, wenn Gesundheitsminister Rösler, FDP, schnell und entschlossen den steigenden Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung entgegengetreten wäre.

Die Zusatzbeiträge sind praktisch

der Einstieg in die Kopfpauschale, die unabhängig vom Einkommen ist. Der Pfortner zahlt also genau so viel in die Krankenkasse wie der Chef.

Die Regierung hat die paritätische Finanzierung vollständig aufgegeben. Wenn es künftig teurer wird, zahlen ausschließlich die Arbeitnehmer. Garrelt Duin: „Das ist ein beispielloser sozialpolitischer Rückschritt“

Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt, dass die Regierung alle Wirtschaftlichkeitsreserven in der Gesundheitsversorgung erschließt. Weiter: Die SPD will einen Finanzausgleich zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung.

Die je nach Kasse verschiedenen Zusatzbeiträge sollen gestrichen und der Beitragsätze zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt werden. Garrelt Duin: „Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, bis Ende 2011 ein Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung vorzulegen“.

Zwei Nein-Sager

Connemann und Goldmann gefährden Soziale Stadt

CDU und FDP haben im Haushalt 2011 die Programme für Städtebauförderung kräftig gestutzt. Zu ihnen gehören die „Zuweisungen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“, bekannt unter dem Namen Soziale Stadt.

In Ostfriesland profitieren von diesem Programm besonders die Stadtteile Barenburg in Emden und Oststadt in Leer. Aber auch Projekte in Wilhelmshaven und Oldenburg leiden unter dem Geldstopp. Die Koalition kürzte das Programm um sage und schreibe 75 Prozent auf karge

28 Millionen Euro. Die Stadt Leer schlägt jetzt Alarm, weil sie um ihr erfolgreich angelaufenes Oststadt-Projekt fürchtet. Der Bürgermeister hat für den 2. Februar die Bundes- und Landtagsabgeordneten eingeladen, um Lösungen aus dem Dilemma zu suchen. Die SPD hat im Bundestag bei den Haushaltsberatungen einen Änderungsantrag gestellt, die Mittel für Städtebauförderung und Soziale Stadt nicht zu kürzen. Die beiden für Leer zuständigen Abgeordneten Gitta Connemann, CDU, und Hans-Michael Goldmann, FDP, stimmen übrigens mit Nein.

„Es geht um die Menschen in Afghanistan“

SPD-Fraktions-Chef Steinmeier: Rückzug der Soldaten muss 2011 beginnen / Mandat um ein Jahr verlängert

Zweifellos: Über den Krieg in Afghanistan zu entscheiden, ist eine Gewissensfrage. Bevor eine klare Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion am Freitag ja gesagt hat zur einjährigen Verlängerung des Mandats für die Beteiligung Deutschlands an der internationalen Schutztruppe ISAF, haben die Abgeordneten intensiv das Für und Wider abgewogen.

Ein herausragendes Motiv für die Zustimmung, die nicht selten auf einer 51:49-Abwägung ruht: Es geht um diejenigen Menschen in Afghanistan, die nicht wieder unter der Knute der Taliban oder anderer islamistischer Fundamentalisten leben wollen. „Diese Menschen dürfen wir nicht einfach ihrem Schicksal überlassen“, sagt Garrelt Duin.



Intensiv diskutierten SPD-Bundestagsabgeordnete des Seeheimer Kreises in diesen Tagen das Für und Wider einer Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Unmittelbar nach einer Afghanistan-Reise standen auch Wehrexperte Walter Kolbow (Zweiter von links) und der frühere Wehrbeauftragte Reinhold Robbe Rede (rechts) und Antwort. Petra Ernstberger und Garrelt Duin, der die Zusammenkunft leitete, hörten aufmerksam zu.

Auf einer Zusammenkunft mit Abgeordneten berichteten der SPD-Wehrexperte Walter Kolbow und der ehemalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe über taurische Eindrücke in Afghanistan. Sie waren beide zig-fach am Hindukusch und gerade zurück von einer fünftägigen Reise mit SPD-Chef Sigmar Gabriel. Beide

berichteten von erheblichen zivilen Fortschritten gerade im letzten halben Jahr. Allein eine Million Kinder haben bisher die Schule besucht, die bauliche Infrastruktur ist stark verbessert worden. Wichtig sei auch die klar verbesserte Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Amerikanern. Die Amerikaner erken-

nen mittlerweile, dass sie nicht allein auf die militärische Karte setzen können. Robbe meldete, dass endlich auch die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Hilfsorganisationen wirkt: „Die Afghanen erkennen eine positive Perspektive.“ Die Zustimmung der SPD zur Mandatsverlängerung ist damit verknüpft,

dass in diesem Jahr der Rückzug der Soldaten beginnt. Fraktions-Chef Steinmeier: „Um es klar zu sagen: Die Bundeswehr muss liefern. Wenn der Rückzug nicht in 2011 beginnt, kann die Regierung mit unserer Zustimmung zu einer weiteren deutschen Beteiligung an ISAF nicht mehr rechnen.“

Einig in allen Punkten

SPD unterstützt Aktionstag des DGB am 24. Februar

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ruft zu einem Aktionstag am 24. Februar auf. Das Motto: „Arbeit - sicher und fair.“ Die wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise schafft kaum sichere Arbeitsplätze - Leiharbeit, befristete Beschäftigung und unsichere Arbeit nehmen zu, schreibt der DGB.

Als Wirtschaftsminister Brüderle, FDP, jüngst den wirtschaftlichen Aufschwung pries, hielt ihm Garrelt Duin als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD entgegen, dass der Aufschwung nicht in den

Lohntüten der Arbeitnehmer ankomme.

Der DGB fordert: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit; allgemeiner Mindestlohn von 8,50 Euro; keine Leiharbeiter in bestreikten Betrieben; kein Dauereinsatz von Leiharbeitern; mehr Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten beim Einsatz von Leiharbeit; keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen; wirksame Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit. Duin: „Alle Punkte kann die SPD unterschreiben.“

Industrie ist Grundmelodie

Chemieparks sind ein innovatives Geschäftsmodell

Deutschland ist ein Industrieland und soll es auch bleiben. Für Garrelt Duin ist dies „eine Grundmelodie unserer Arbeit“. Die von ihm geleitete Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion beschäftigte sich jetzt mit der Wettbewerbssituation von Chemieparks. Gesprächspartner war Dr. Klaus Schäfer, Vorsitzender der Geschäftsführung von Currenta, einer Tochter von Bayer (60 Prozent) und Lanxess (40 Prozent). Currenta ist Manager und Betreiber von „Chempark“ mit Standorten in Leverkusen,

Dormagen und Uerdingen. Sie beschäftigt 5400 Mitarbeiter und setzt anderthalb Milliarden Euro um. „Chempark“ ist Europas größter Chemiepark.

Currenta sorgt für 40 Chemiebetriebe an den drei Standorten für die gesamte Infrastruktur einschließlich Energie, Umweltschutz, Sicherheit, Ausbildung, Fortbildung, Analytik und Instandhaltung. Die Betriebe können sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Ein innovatives Geschäftsmodell, das noch wenig bekannt ist.

Leitmotive sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität



Der SPD-Ortsverein Loga ehrte in einer Feierstunde im Feuerwehrhaus langjährige Mitglieder. Ortsvereinsvorsitzender Hauke Sattler hatte auch die Bezirksverbandsvorsitzende Johanne Modder, den Europaabgeordneten Matthias Groote und den Bundestagsabgeordneten Garrelt Duin eingeladen. Unser Foto zeigt von links Geehrte und Funktionsträger: Johann Lohmeyer (20 Jahre), Matthias Groote, Jens Schoormann (10), Erika Spier (10), Markus Ober (40), Erwin Voskamp (20), Christine Voskamp (20), Elso Pott, Hauke Sattler, Garrelt Duin, Karl Hinderks (35), Hannelore Krause (40), Enno Krause (40), Hanna Wilke (10), Maria Bluhm (10), Klaus Schwerfeger (30), Gerhard Janssen (25), Johanne Modder und Gerold Ernst (30). Ortsvereinsvorsitzender Sattler sagte, die „sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität seien Leitmotive der Arbeit des Ortsvereins und keine Floskeln“.

Nicht nur in Beton investieren

SPD-Bundestagsfraktion will überall Ganztagschulen / Schule auch qualitativ weiterentwickeln

Die Ganztagschule wirkt. Das bestätigt die von der SPD noch zu Zeiten der rot-grünen Koalition durchgesetzte Begleitforschung zum Ganztagschulprogramm. Garrelt Duin: „Die Ergebnisse lesen sich wie ein Werbeprospekt für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen.“ Die Tatsachen sprechen für sich: Wer die Ganztagschule besucht, bleibt nicht so leicht sitzen, entwickelt eher kein problematisches Verhalten und verbessert die Schulnoten. Voraussetzung: Die Qualität von Schule und Unterricht muss stimmen.

Eltern fühlen sich durch die Ganztagschule entlastet, was sich vorteilhaft auf das Klima in der Familie auswirkt. Das gilt besonders für Familien, die sozial und wirtschaftlich nicht auf der Sonnenseite leben. Die SPD hat bereits 2003 in der von ihr geführten Regierung das größte

Schulbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik gestartet. Bis 2009 unterstützte der Bund die Länder mit insgesamt vier Milliarden Euro beim Auf- und Ausbau des Ganztagschulangebots. Die Folge: Ein Drittel der allgemeinbildenden Schulen arbeitet ganztags.

Die SPD-Bundestagsfraktion sagt: Wir dürfen nicht auf halbem Weg stehen bleiben, wie es die Regierung Merkel gegenwärtig tut. Deshalb die Forderung, dass bis 2020 jedes Kind und jeder Jugendliche überall im Land die Möglichkeit haben muss, eine gute Ganztagschule zu besuchen. Garrelt Duin: „Dabei wollen wir nicht nur in Beton investieren, sondern die Schule auch qualitativ weiterentwickeln.“

Die Zeit ist reif für einen „Masterplan Qualitätsinitiative Ganztagschule 2020“. Solch

ein Plan kann aber nur ein gesamtstaatliches Gemeinschaftsprojekt sein. Bund, Länder und Kommunen müssen Hand in Hand arbeiten und Ziele, Konzepte, Ausbauphasen und Finanzierung miteinander fest verabreden.

Gute Ganztagschule heißt nicht, einfach Unterrichtszeiten zu verlängern und Lerneinheiten über den Tag zu verteilen. Es geht darum, die Qualität der Schule, die Lehre und das Lernen zu verbessern.

Die Schule wendet sich auch nach außen und geht mit den Schülern in die Lebenswelt, auf die sie vorbereiten will - indem sie außerschulische Lebenswelten nach innen holt: Vereine, Musikschulen, wohltätige Gruppen, Betriebe, Ämter oder freie Träger der Jugendhilfe. Duin: „Ein echt sozialdemokratischer Ansatz.“

Spruch der Woche

„Die Regierung macht so viel Mist, dass ich es mir nicht leisten kann, müde zu sein.“

Manuela Schwesig, SPD-Verhandlungsführerin, nach einem Verhandlungsmarathon zu Hartz IV

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de